

Wirtschafts Woche

WirtschaftsWoche NR. 025 VOM 16.06.2008 SEITE 048

New Economics
Konjunktur

Doppelter Wohlstand

Rückläufiges Wachstum, Überalterung der Bevölkerung, mangelhafte Bildung. Hat Deutschland noch eine Zukunft als Top-Wirtschaftsstandort? Ja, sagt eine aktuelle Studie - aber nur, wenn wir uns enorm anstrengen.

Wer sich das wirtschaftspolitische Gewurstel der großen Koalition in Berlin anschaut, mag sich zuweilen wünschen, das Land werde mal so richtig nach unternehmerischen Kriterien saniert und fit für die Zukunft gemacht. Diesen Gedanken haben wohl auch die Autoren einer aktuellen Studie mit dem sinngebenden Titel "Geschäftsplan Deutschland" gehabt. Die Autoren Peer Ederer, Philipp Schuller und Stephan Willms wenden deshalb die ökonomische Logik der Investitionsrechnung auf die Bereiche Bildung, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik an. Mit ihrer Aufforderung "Kaufen Sie Deutschland!" setzen sie zunächst einmal einen überraschenden Kontrapunkt zu der von Defätismus und Selbstzweifeln geprägten Debatte hierzulande. Ihre Zuversicht gründen die Autoren auf die Vorteile, die Deutschland hat: Die zentrale geografische Lage, die hervorragende Infrastruktur, die Innovationsfreudigkeit der Unternehmen, das stabile Rechtssystem und die (noch) exzellente Versorgung mit medizinischen Leistungen. Das Problem ist nur, dass die Deutschen die sich daraus ergebenden Chancen in den vergangenen 25 Jahren nicht ausgeschöpft haben. Deshalb ist ihr Lebensstandard weit hinter den in anderen Industrieländern zurückgefallen (siehe Grafik).

Doch das lässt sich ändern, glauben die Autoren - und präsentieren eine Strategie, die das Pro-Kopf-Einkommen in den nächsten 25 Jahren um 3,3 Prozent pro Jahr steigern und den Lebensstandard mehr als verdoppeln soll. Im Zentrum steht dabei die Verbesserung des Humankapitals, also der Bildung und Fähigkeiten der Menschen. Bis 2033 müsste Deutschland nach Berechnung der Autoren insgesamt 10,8 Billionen Euro in das Humanvermögen seiner Bürger investieren. So sollen 50 Prozent jedes Jahrgangs ein Hochschulstudium abschließen und der Anteil der Akademiker soll sich von 20 auf 40 Prozent der Erwerbstätigen verdoppeln. Außerdem müsste die Zahl der Erwerbstätigen von 39 auf 50 Millionen steigen. Um das zu erreichen, fordern die Autoren, die Rente erst zwischen 70 und 80 Jahren beginnen zu lassen, die Hälfte der Mütter mit Vollzeitarbeitsplätzen auszustatten und pro Jahr netto 300 000 qualifizierte Einwanderer nach Deutschland zu holen. Dabei dürfte den Autoren allerdings klar sein, dass ihr Geschäftsplan angesichts der aktuellen politischen Gemengelage kaum zu realisieren ist. Deshalb empfehlen sie den Bürgern, das Management des Landes - sprich die Regierung - bei den nächsten Wahlen auszutauschen, wenn es sich nicht auf die Ziele des Geschäftsplans verpflichten lässt.

Fischer, Malte